

Sitzungsvorlage-Nr. 010/492/2008

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	10.12.2008	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss

Sachverhalt:

Auf Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zur Aufklärung gegen Rechtsextremismus bestand im Kreisausschuss Einigkeit darüber, wegen der großen grundsätzlichen Bedeutung dieser Problematik, einen gemeinsamen Resolutionsentwurf, der von allen Fraktionen gestützt werde, in den Kreistag einzubringen.

Im Zusammenhang mit der interfraktionellen Vorbereitung erfolgten ein Vortag im Kreisausschuss durch einen Vertreter des Verfassungsschutzes über rechts- und linksextremistische Aktivitäten im Rhein-Kreis Neuss und Informationen durch eine Teilnehmerin der Verwaltung an der gemeinsamen Fachtagung der kommunalen Spitzenverbände und des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen „Für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“. Nach eingehenden Beratungen im Ältestenrat wird folgender, einvernehmlicher Vorschlag einer Erklärung dem Kreistag zur Verabschiedung vorgelegt:

Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss

Die Bundesrepublik Deutschland ist gem. Art. 20 des Grundgesetzes ein demokratischer, sozialer und föderalistischer Staat. Hauptaufgabe des Staates ist es, die Bürger zu fördern und zu schützen, ihre Rechte zu sichern und für das Gemeinwohl zu sorgen.

Auf der Grundlage der Bundes- und Landesverfassung soll die Jugend im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur (...) Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung erzogen werden.

Kreistag und Landrat des Rhein-Kreises Neuss sind sich als Teil unseres Staates dieser Verantwortung bewusst und erklären sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Linksextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten. In der gegenwärtigen aktuellen Situation sind die Herausforderungen des Rechtsextremismus besonders feststellbar.

Leitziele des Handelns von Kreistag und Landrat sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- die Förderung von sozialem Engagement;
- das entschlossene Handeln gegen jegliche Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen jede Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

Vor diesem Hintergrund wollen Kreistag und Landrat im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten die positiven Werte der Demokratie vermitteln und Aufklärungsarbeit leisten.

Danach sollen zum Beispiel folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. **Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort**

Möglichkeiten, sich an entsprechenden Initiativen des Bundes, Landes oder anderer demokratischer Gremien zu beteiligen, sollen genutzt werden. Diese Aufforderung gilt sowohl für Mandatsträger, Parteien als auch für die Verwaltung.

Der Rhein-Kreis Neuss arbeitet eng mit dem Staatsschutz, den Sicherheitsbehörden und allen Einrichtungen, die politische Aufklärung und Bildung betreiben, wie z. B.

Bundesausschuss Politische Bildung, Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. und den demokratischen Kräften vor Ort zusammen.

2. **Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion**

Materialien/Medien zu den Themen „Extremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Antisemitismus“ werden im Kompetenzzentrum des Rhein-Kreises Neuss zusammengestellt und diese für Schulen, Vereine, Verbände und andere demokratische Einrichtungen für politische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt.

Neben der Bereitstellung von Medien/Schulungsmaterialien werden gezielte Fortbildungen, z. B. zur Vermittlung von Toleranz im Umgang miteinander oder von Abwehrstrategien gegen Extremismus, angeboten. Hier sind insbesondere Lehrerfortbildungen durch das Kompetenzzentrum in Zusammenarbeit mit dem Schulamt des Rhein-Kreis Neuss vorgesehen.

Der Rhein-Kreis Neuss informiert die Schulen, Verbände, Vereine und Einrichtungen im Kreisgebiet über das Angebot an Materialien, Medien und Schulungen zum Thema Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Er unterstützt und informiert über Ausstiegsprogramme aus der Rechtsextremen Szene. Er arbeitet dabei mit der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus zusammen.

3. **Interkultureller Dialog**

Der Rhein-Kreis Neuss fördert den interkulturellen Dialog mit dem Ziel, friedliches und respektvolles Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit zu fördern. NRW und der Rhein-Kreis Neuss sind weltoffen und wollen es bleiben.

4. **Vernetzung der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure**

Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt die Vernetzung der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteure im Einsatz gegen Rechtsextremismus um die Kräfte zu bündeln. Ziel ist ein Netzwerk zur Mobilen Intervention gegen Rechtsextremismus bei entsprechenden Aktivitäten. Dazu soll ziviles Engagement gefördert, gemeinsames Handeln gestärkt und antidemokratische Tendenzen bekämpft werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Haushaltsberatungen die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen.

Beschlussempfehlung:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss verabschiedet die **„Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“**

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Beschlussorgan: Kreistag	Sitzung vom: 10.12.2008	Niederschrift zur Sitzung KT/019/2008
-----------------------------	-------------------------	--


Auszug:

Öffentlicher Teil

3. Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 010/492/2008


Protokoll:

Der 1. stellvertretende Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose erinnerte daran, dass heute der offizielle Tag der Menschenrechte sei, wodurch die anstehende Erklärung nochmals verstärkt werde. Die Erklärung mache deutlich, dass man sich im klaren Bekenntnis zur rechtsstaatlichen Demokratie ernsthaft mit den Erscheinungsformen des Extremismus auseinandersetzen wolle. Er sei dankbar dafür, dass bislang keine wesentlichen extremistischen Aktivitäten im Kreis zu verzeichnen seien. Damit dies so bleibe, sei ein aktives Engagement unabdingbar. Der Rechtsextremismus könne jederzeit zu einer großen Gefahr werden. Besorgniserregend sei insbesondere die rechtsextreme Entwicklung in Teilen Ostdeutschlands, wobei die dortigen Vorgehensweisen auch an die Linke erinnerten. Er hoffe, dass sich die Erklärung und die damit verbundenen Aktionen am Ende nicht nur als ein Strohfeuer herausstellen. Er dankte allen Beteiligten für die Erarbeitung des Entwurfs. Damit werde deutlich, dass sich die Demokraten bei der Abwehr extremistischer Aktivitäten im Grundsatz einig seien. Bei der Vorbereitung der Erklärung habe seine Fraktion auf die Berücksichtigung des Extremismus im Ganzen und somit auch seiner linken wie religiösen Ausprägung hingewirkt. Es sei bedenklich, dass in den neuen deutschen Bundesländern ehemalige Stasimitglieder wieder auftreten könnten. Bis heute habe sich die Linke nicht eindeutig vom DDR-System distanziert. Auch hiermit müsse man sich auseinandersetzen. Die Erklärung sei ein aktiver Beitrag zum heutigen Tag der Menschenrechte.

Der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel bestätigte die konstruktive gemeinsame Erarbeitung des Entwurfs. Er trug sodann anhand der dieser Niederschrift beigefügten Vorlage (siehe **Anlage** ) vor.

Der Kreistagsabgeordnete Dr. Bijan Djir-Sarai begrüßte die gemeinsame Erklärung ausdrücklich. Gut sei insbesondere, dass sie nicht nur Lyrik, sondern konkrete Maßnahmen beinhalte, zumal diese auf kommunaler Ebene mit ihrem

direkten Kontakt zum Bürger vorgesehen seien. Von grundsätzlicher Bedeutung sei es, der Jugend die Werte im Sinne dieser Erklärung nachhaltig zu vermitteln. Dabei zeige die Erfahrung, dass der beste Schutz junger Menschen vor dem Extremismus im Angebot guter Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten bestehe. Die Entscheidung, in der Erklärung auch andere extremistische Orientierungen zu berücksichtigen, sei richtig.

Der Kreistagsabgeordnete Erhard Demmer trug aufgrund der dieser Niederschrift beigefügten Vorlage (siehe **Anlage** ) vor.

Der Kreistagsabgeordnete Jürgen Güsgen lobte ebenfalls die konkreten Handlungsanweisungen in der Erklärung. Politik und Verwaltung würden sich daran messen lassen müssen, auch in wie weit man die Jugendlichen erreiche.

Der Kreistagsabgeordnete Bernhard Pickert-Goldenbogen gab an, dass die Linkspartei im Kreis die Erklärung unterstütze. Es sei jedoch befremdlich, dass weder die Linkspartei noch das Zentrum an der Vorbereitung der Erklärung beteiligt worden sei, was wiederum deren Intention widerspreche. Es müsse auch auf die Menschenwürde abgestellt werden. Den vom 1. stellvertretenden Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose aufgestellten Vergleich der Rechten mit den Linken wies er zurück. Seine Partei stehe für Toleranz, Freiheit und Demokratie.

Der Kreistagsabgeordnete Gerhard Woitzik machte auf eine Resolution seiner Partei gegen den Extremismus aufmerksam. Man stimme der Erklärung zu.

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme des 1. stellvertretenden Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose ergänzte der Kreistagsabgeordnete Rainer Thiel, dass man durchaus gewisse Bedenken habe, Rechtsextremismus und Linksextremismus gleichzeitig zu benennen, da die Dimensionen aus historischer Sicht unterschiedlich gesehen würden. Insgesamt trete man aber geschlossen auch dem Linksextremismus entgegen.

Der Kreistagsabgeordnete Bertram Graf von Nesselrode betonte, dass er der Erklärung vorrangig aus seinem christlichen Menschenbild heraus zustimme.

Landrat Dieter Patt wies den Vorwurf des Kreistagsabgeordneten Bernhard Pickert-Goldenbogen zurück. Es sei niemand von der Vorbereitung der Erklärung ausgeschlossen worden. Der Kreistag selbst habe sich das Verfahren über den Ältestenrat aufgegeben. Der Hinweis des Kreistagsabgeordneten Bernhard Pickert-Goldenbogen, den Entwurf erst mit der Einladung zur heutigen Sitzung erhalten zu haben, bestätige die Beteiligung.

Beschluss:

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss verabschiedete einstimmig die mit der Einladung zur Sitzung vorgelegte „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“.